

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	29
-------------------------	----

## *Erster Teil*

<b>Das Phänomen des gutgläubigen Erwerbs</b>	33
--	----

<b>§ 1 Grundfragen des gutgläubigen Erwerbs vom Nichtberechtigten</b> .....	33
A. Der Regelungsgegenstand .....	33
B. Der Leitgedanke des Verkehrsschutzes .....	35
I. Zusammenwirken von Verkehrssicherheit und Verkehrsleichtigkeit ..	36
II. Dualismus von absolutem und relativem Verkehrsschutz .....	39
1. Abgrenzungskriterien .....	39
2. Der gutgläubige Erwerb als Fall des relativen Verkehrsschutzes ..	43
III. Abgrenzung von Verkehrs- und Vertrauensschutz .....	46
C. Folgerungen für den Schutz des Verkehrs mit Geschäftsanteilen .....	51
I. Absoluter oder relativer Verkehrsschutz .....	51
II. Gutgläubiger Erwerb oder Rechtsscheinhaftung .....	53
III. „Risikogemeinschaft“ mit Schadensteilung .....	54
IV. Das Lösungsrecht: Strahlkraft der „vermittelnden Lösung“? .....	56
1. Das Lösungsrecht in vertikaler und horizontaler Rechts- vergleichung .....	57
2. Das Lösungsrecht im geltenden deutschen Recht .....	60
3. Folgerungen für das Geschäftsanteilsrecht .....	62
D. Zusammenfassung .....	64
<b>§ 2 Fehlerquellen bei der Abtretung von Geschäftsanteilen</b> .....	66
A. Bestimmtheitsgrundsatz .....	67
I. Dogmatische Grundlegung: das Drei-Säulen-Modell .....	68
II. Die Fehlervielfalt in der Praxis .....	69
III. Erhöhte Rechtssicherheit durch die GmbH-Reform 2008 .....	70
IV. Zwischenergebnis .....	74
B. Vinkulierung .....	74
I. Allgemeines und Überblick .....	74
II. Fehlerquellen bei Vinkulierungen .....	77
1. Folgen eines Verstoßes .....	77
2. Allgemeine rechtsgeschäftliche Unwirksamkeitsgründe .....	79

3. Satzungsändernde Mehrheit bei Gesellschafterbeschluss .....	79
4. Bedingungsfreundlichkeit der Zustimmungserklärung .....	82
III. Sonderfall: Anknüpfen an besondere Eigenschaften des Erwerbers ..	84
1. Änderungen durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ...	84
2. Vertragsfreiheit versus Antidiskriminierung .....	86
IV. Zwischenergebnis .....	91
C. Zusammenfassung und Folgerungen .....	92

## *Zweiter Teil*

<b>Modelle des Verkehrsschutzes im Geschäftsanteilsrecht</b>	93
--	----

### Erstes Kapitel

<b>Verkehrsschutz durch das Handelsregister</b>	93
---	----

<b>§ 3 Die Anknüpfung an die Registereintragung .....</b>	<b>94</b>
A. Normativer Textbefund .....	94
B. Änderungsmodelle .....	96
I. Der Entwurf Oechelhäusers .....	96
II. Publizitätsgleichlauf zur Kommanditgesellschaft .....	97
III. Konstitutive Wirkung der Eintragung .....	98
1. Die einzelnen Konzeptionen .....	98
a) Der Ansatz von Grau .....	98
b) Der Ansatz von Flesner .....	100
aa) Orientierung am Immobiliarsachenrecht .....	100
bb) Analyse und Stellungnahme .....	101
2. Kritikansätze in der Literatur .....	103
a) Beeinflussbarkeit des Übertragungszeitpunkts .....	103
b) Überlastung der Registergerichte .....	105
c) Gefahr des „gläsernen“ Gesellschafters .....	105
d) Publizität bei der Kommanditgesellschaft – Haftungsklarheit als Regelungsmodell? .....	106
C. Zusammenfassung .....	110
<b>§ 4 Besonderheiten des § 15 HGB .....</b>	<b>110</b>
A. Problemstellung .....	111
B. Dogmatik des § 15 HGB .....	112
I. Historische Entwicklungslinien .....	112
II. Anwendungsbereich .....	114
1. Der Tatbestand .....	115
2. Die Rechtsfolgen .....	116

C. Gutgläubiger Erwerb der Gesellschaftsanteile von Personenhandels- gesellschaften .....	118
I. Die Verfügung über die Mitgliedschaft in der offenen Handels- gesellschaft – Überblick zur Entwicklung eines Streitstandes .....	118
1. Übertragung als Ein- und Austrittskonstrukt – die Doppelvertragsstheorie .....	119
2. Vertragsübernahmelehre .....	120
3. Mitgliedschaft als Rechtsobjekt – die Verfügungstheorie .....	121
II. Der Regelungskontext .....	122
1. Überblick zu OHG und KG .....	122
2. Sonderproblem: Publizität des Kommanditisten nach § 162 Abs. 2 HGB .....	123
III. Kein Verkehrsschutz über die Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft .....	124
1. Frühere BGH-Rechtsprechung .....	125
2. Vermittelnde Position Peter Ulmers .....	127
3. Abkehrvorbereitungen durch die Literatur .....	127
4. Kurze Stellungnahme .....	128
5. Rechtsprechungswandel 1990 .....	129
IV. Gutgläubiger Erwerb nach § 15 HGB .....	131
1. Fallbeispiele .....	131
2. Nichterörterung in Literatur und Rechtsprechung .....	132
3. Personengesellschaft als Vertrauensverhältnis .....	133
V. Zwischenergebnis .....	134
D. Parallelität bei der GmbH als Körperschaft .....	135
I. Wesen und Übertragbarkeit der Geschäftsanteile der GmbH .....	135
II. Rechtsvergleich mit Österreich .....	135
1. Anwendbarkeit von § 15 österreichisches Unternehmens- gesetzbuch .....	135
2. Einführung eines gutgläubigen Anteilerwerbs .....	136
III. Thesen zur konzeptionellen Unanwendbarkeit des § 15 HGB auf den Erwerb von Gesellschaftsanteilen .....	137
1. Kein Vermutungsargument .....	137
2. Das Relativitätsargument .....	138
3. Die fehlende Beteiligung des Unternehmensträgers .....	140
4. Das Rechtssicherheitsargument .....	141
5. Folgerungen .....	143
E. Zusammenfassung .....	143

## Zweites Kapitel

	<b>Wertpapierrecht und Mitgliedschaft in der GmbH</b>	145
<b>§ 5</b>	<b>Verbriefung unter Gutglaubensschutzaspekten</b> .....	146
	A. Diskussion des Deutschen Notartages 1961 .....	146
	I. Registergerichtliche Perspektive .....	146
	II. „Kraftfahrzeugbrief“ für die GmbH .....	146
	B. Vorschläge im Hinblick auf die GmbH-Reform 2008: Orderpapiere mit notariellem Indossament .....	148
	I. Besonderheiten bei Gehling .....	149
	II. Besonderheiten bei Ziemons .....	149
	C. Zusammenfassung .....	150
<b>§ 6</b>	<b>Eignung für die Mitgliedschaft in der GmbH</b> .....	150
	A. Stellungnahme zur wertpapierrechtlichen Lösung im Allgemeinen .....	151
	I. Der stimmige Grundgedanke .....	151
	II. Das Kostenargument .....	152
	III. Legitimationsvielfalt .....	153
	IV. Europäische Rechtsvergleichung .....	154
	1. Staaten ohne Verbriefungsmöglichkeit .....	155
	2. Verbriefung ohne Kapitalmarktzugang .....	156
	3. Wahlrecht zwischen Verbriefung in Orderpapieren und konstitutivem Eintrag in ein Anteilbuch (Liechtenstein) .....	158
	a) Die gesetzliche Konzeption .....	158
	b) Stellungnahme und Einordnung .....	159
	4. Die Ebene der Europäischen Union: die Societas Privata Europaea .....	160
	5. Zwischenergebnis .....	160
	V. Revisionismus .....	160
	B. Spezifika der wertpapierrechtlichen Vorschläge zur GmbH-Reform 2008 .....	163
	I. Stellungnahme zu Gehling .....	163
	II. Stellungnahme zu Ziemons .....	165
	C. Zusammenfassung .....	167

## Drittes Kapitel

	<b>Verzeichnispublizität außerhalb des Handelsregisters</b>	169
<b>§ 7</b>	<b>Historische und dogmatische Entwicklungslinien der Mitglieder- verzeichnisse</b> .....	169
	A. Konzeptionelle Grundlegung: privates Anteilbuch versus öffentliches Gesellschafterregister .....	169
	B. Konstitutivität der Eintragung in ein Mitgliederverzeichnis unter dem Blickwinkel der Publizität .....	171

I.	Österreich und Deutschland in der Rechtsvergleichung .....	171
II.	England, Österreich und Deutschland in der Rechtsvergleichung ...	172
III.	Der gemeinsame Nenner: die Parallele zum Genossenschaftsrecht ..	172
IV.	Ersitzungsähnlicher Anfechtungsausschluss .....	176
	1. Konzeptionen .....	176
	2. Stellungnahme .....	177
C.	Gesellschafterliste und Nationalsozialismus: Feindbild der „anonymen Gesellschaft“ .....	178
	I. Die Ausgangslage .....	178
	II. Ideologiebeladene Anonymitätsdebatte .....	180
	III. Gesellschafterliste mit öffentlichem Glauben und konstitutiver Eintragung: Der Entwurf von Crisolli .....	181
	IV. Die Rolle der Akademie für Deutsches Recht: Parallelen zur MoMiG-Reform .....	186
	V. Der Referentenentwurf von 1939 .....	188
	VI. Versuch einer Einordnung der Vorschläge aus nationalsozia- listischer Zeit .....	190
D.	Reformansätze zwischen 1969 und 1992 .....	191
	I. Dispositive konstitutive Eintragung der Abtretung in ein Anteilbuch .....	191
	1. Konzeption .....	191
	2. Stellungnahme .....	192
	II. Die Entwürfe von 1969–1973 .....	193
	1. Referentenentwurf 1969 .....	193
	2. Regierungsentwürfe 1971/1973 .....	195
	III. „Kleine“ Reform 1980 .....	195
	IV. Die Diskussion in der Registerpraxis 1988–1992 .....	196
E.	Zusammenfassung .....	197
<b>§ 8</b>	<b>Parallelregelung zum Aktienregister .....</b>	<b>198</b>
A.	Teleologie und Rechtswirkung des Aktienregisters .....	199
	I. Überblick und Allgemeines .....	199
	II. Die Lehre von der Übertragungswirkung der Eintragung in das Aktienbuch (Vertragstheorie) .....	201
	1. Die einzelnen Vertreter der Vertragstheorie .....	201
	2. Ablehnung der Vertragstheorie durch Rechtsprechung und Literatur .....	204
	3. Ablehnung der Vertragstheorie für die GmbH .....	206
	III. Einwendungsausschluss durch Eintragung in das Aktienbuch .....	207
B.	Rechtserkenntnisse für die GmbH aus der Geschichte des Aktienbuches .....	208
C.	Zusammenfassung .....	209

## Viertes Kapitel

<b>Verkehrsschutz durch das Allgemeine Schuldrecht</b>	211
<b>§ 9 Estoppel-Lehre und § 242 BGB</b> .....	211
A. Schutz durch Treu und Glauben im Sachenrecht – eine Bestandsaufnahme .....	211
I. Die Arglisteinrede bei Franz Scholz .....	211
II. Kein Rechtserwerb nach § 242 BGB .....	214
1. Die Verwirkung .....	214
2. Erwirkung und betriebliche Übung .....	215
3. Ansprüche aus nichtigen Verträgen .....	217
III. Zwischenergebnis .....	218
B. Estoppel-Lehre als Auslegungsinspiration – ein Gegenmodell .....	218
I. Überblick und Rezeptionsansätze .....	218
II. Wesen des estoppel-Prinzips .....	220
1. Formenvielfalt .....	220
2. Charakteristik des estoppel by representation .....	222
3. Gesellschaftsrechtliche Anwendungsfälle des estoppel-Prinzips ..	224
a) Schutz des Erwerbers durch Anteilszertifikate .....	224
b) Schutz des Erwerbers durch Übertragungszertifikate („certification of transfers“) .....	225
c) Schutz des Erwerbers durch das register of members .....	226
d) Prinzipienbildung .....	226
e) Absolute Rechtsstellung des Erwerbers .....	228
III. Rückschlüsse für das deutsche Gesellschaftsrecht .....	229
1. Tauglichkeit für den Verkehrsschutz .....	230
a) These 1: estoppel-Schutz als begrenzte Ausnahme .....	230
b) These 2: Verhinderungselement untauglich zur Rechtsbegründung .....	230
c) These 3: Zurechnung als Quelle von Rechtsunsicherheit .....	231
d) These 4: Fehlende Zurechnung zum Altgesellschafter .....	232
2. Übertragbare Erkenntnisse .....	233
a) Erweiterung des Verbots eines venire contra factum proprium .....	233
b) Erwirkung sui generis qua Anteilschein .....	234
C. Zusammenfassung .....	237
<b>§ 10 Lösungsansatz in § 405 BGB?</b> .....	238
A. Charakteristika des § 405 BGB .....	239
I. Historische Entwicklungslinien .....	239
II. Reichweite des § 405 BGB .....	240
III. Lücken im Verkehrsschutz als Verbindungspunkt .....	242

B. § 405 BGB bei der Anteilsübertragung .....	242
C. Zusammenfassung .....	245

*Dritter Teil*

<b>Der gutgläubige Erwerb von Geschäftsanteilen nach § 16 Abs. 3 GmbHG</b>	247
--	-----

Erstes Kapitel

<b>Vorgeschichte der GmbH-Reform 2008</b>	247
---	-----

<b>§ 11 Motive, Verfahren und Regelungszusammenhänge</b> .....	248
A. Die GmbH im „Wettbewerb der Rechtsformen“ .....	248
B. Das Gesetzgebungsverfahren .....	249
I. Der Referentenentwurf .....	249
1. Überblick .....	249
2. Reaktionen auf den Referentenentwurf .....	254
II. Der Regierungsentwurf .....	255
1. Überblick .....	255
2. Reaktionen auf den Regierungsentwurf .....	258
III. Das parlamentarische Verfahren .....	259
1. Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung .....	259
2. Die erste Lesung im Deutschen Bundestag .....	260
3. Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages .....	260
4. Die zweite und dritte Lesung im Deutschen Bundestag .....	261
5. Inkrafttreten .....	261
C. Zusammenfassung .....	262
<b>§ 12 Alternativentwürfe im Kontext der GmbH-Reform 2008</b> .....	263
A. GmbH-Recht aus Notarsicht: Der Entwurf Vossius/Wachter .....	263
I. Überblick .....	263
II. Das Verkehrsschutzmodell .....	264
III. Bewertung der Entwurfsvorschläge: Unvollständige Vorbildwirkung des Liegenschaftsrechts .....	268
B. Die M&A-Perspektive: Der Entwurf von K. J. Müller .....	271
C. Zusammenfassung .....	272

## Zweites Kapitel

<b>Die Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger</b>	273
<b>§ 13 Rechtsnatur der Gesellschafterliste</b>	273
A. Die Notwendigkeit eines Rechtsscheinträgers: historische Entwicklungslinien	273
B. Natürliche und künstliche Rechtsscheinträger – eine Systemfrage	275
I. Wesensmerkmale	275
II. Einordnung der Gesellschafterliste	277
C. Zusammenfassung	277
<b>§ 14 Notarzuständigkeit</b>	278
A. Der Anwendungsbereich von § 40 Abs. 2 GmbHG	278
I. Die Notarmitwirkung als praktischer Regelfall	278
II. Der sachliche Anwendungsbereich	278
III. Der persönliche Anwendungsbereich	284
1. Anteilsübertragungen im Ausland	284
a) Überblick über die wesentlichen Rechtsfragen einer Anteilsübertragung im Ausland	284
b) Problemfall der fehlenden Notarbeteiligung nach der Ortsform	285
aa) Exklusive Zuständigkeit bei abstrakter Notarmitwirkung	286
bb) Methodische Implementierung	290
c) Bindung ausländischer Notare an das deutsche GmbHG	291
aa) Problemaufriss	291
bb) Lösungswege privatautonomen Ursprungs	292
cc) Der ordre public-Vorbehalt	295
dd) Zusammenfassung	297
d) Einreichungsfähigkeit ausländischer Notare	297
2. Anteilsübertragungen im Inland	298
a) Ausschließliche Zuständigkeit des Notars	298
b) Zuständigkeit bei mehrkräftiger Notarbeteiligung	299
B. Die Nachweis- und Mitwirkungspflichten der Gesellschafter gegenüber dem mitwirkenden Notar	301
I. Subsidiäre Nachweispflicht der betroffenen Gesellschafter gegenüber dem mitwirkenden Notar	301
II. Umfang der Auskunftspflicht der Beteiligten	305
III. Neujustierung der Nachweisanforderungen	305
1. Objektivierungserfordernis	305
2. Unterschiede zum Aktienregister	308
3. Zwischenergebnis	310
C. Zusammenfassung	310



<b>§ 15 Pflichten und Haftung des Notars</b> .....	312
A. Der Aufgabenkatalog des Notars .....	312
I. Prüfpflichten .....	312
1. Anknüpfung am Beurkundungsgesetz .....	312
2. Die Prüfpflichten im Detail .....	314
3. Keine Subjektivierung der Wirksamkeitsprüfung .....	317
II. Inhalt der durch den Notar einzureichenden Gesellschafterliste .....	318
III. Notarbescheinigung (§ 40 Abs. 2 Satz 2 GmbHG) .....	319
B. Notarhaftung .....	322
I. Haftung nach allgemeinem Deliktsrecht (§ 823 Abs. 2 BGB) .....	323
1. § 40 Abs. 2 GmbHG als Schutzgesetz .....	323
a) Meinungsstand zu § 40 Abs. 1 GmbHG a.F. ....	323
b) Neukonzeption durch § 40 Abs. 2 GmbHG .....	324
2. Abschließende Regelung durch § 19 BNotO? .....	326
3. Rechtswidrigkeit der Amtspflichtverletzung .....	327
II. Notarhaftung nach § 19 BNotO .....	328
C. Zusammenfassung .....	329
<b>§ 16 Geschäftsführerzuständigkeit</b> .....	330
A. Strukturelle Defizite im Berechtigenschutz .....	331
I. Konzeptionsänderung durch die GmbH-Reform 2008 .....	331
II. Subsidiäre Zuständigkeitsbereiche des Geschäftsführers .....	331
III. Geschäftsführerbeteiligung als Unsicherheitsfaktor .....	332
B. Verfassungswidrigkeit von §§ 16 Abs. 3, 40 Abs. 1 GmbHG .....	335
I. Entwicklungslinien im Spannungsfeld von Grundrechten und Privatrecht .....	335
II. Die verfassungsrechtliche Bindung des Privatrechtsgesetzgebers .....	336
III. Die berührten Grundrechte .....	337
IV. Die Verletzung der Eigentumsgarantie .....	338
1. Eröffnung des Schutzbereiches .....	338
2. Rechtfertigung des Eingriffs .....	339
a) Gutgläubensschutz als Inhalts- und Schrankenbestimmung ..	339
b) Kollidierendes Verfassungsgut .....	340
c) Abgestufter Eigentumsschutz: Die GmbH als persona- listische Mittelstandsgesellschaft .....	342
d) Verhältnismäßigkeit .....	344
aa) Die Geeignetheit zur Erreichung eines legitimen Ziels ..	344
bb) Die Erforderlichkeit .....	345
V. Zwischenergebnis .....	347
C. Verfassungskonforme Auslegung .....	348
I. Sicherung der Authentizität der Geschäftsführer .....	349

1. Einfaches elektronisches Zeugnis .....	349
2. Notarielle Beglaubigung der Unterschrift .....	349
a) Teleologische Reduktion von § 12 Abs. 2 Satz 2 HGB .....	349
b) Analogie zu § 12 Abs. 1 Satz 2 HGB .....	352
c) Zusammenfassung .....	355
3. Auswirkungen der Formbedürftigkeit .....	355
II. Anpassung des registergerichtlichen Prüfungsumfangs .....	356
1. Die Prüfungspflicht bei Anmeldungen zur Eintragung .....	357
a) Rechtsprechung des Kammergerichts .....	357
b) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur .....	359
2. Übertragbarkeit auf die Einreichung der Gesellschafterliste .....	361
3. Umfang der Prüfung der Gesellschafterliste durch das Registergericht .....	361
4. Dienende Funktion des Verfahrensrechts .....	363
III. Nachweisanforderungen .....	365
1. Gegenüber dem Geschäftsführer .....	365
2. Gegenüber dem Registergericht .....	366
IV. Einreichungspflicht bei fehlender Mitteilung .....	367
V. Schutzgesetzzeigenschaft von § 40 Abs. 1 GmbHG .....	368
VI. Zwischenergebnis .....	370
D. Sonderproblematik: sich überschneidende und widersprechende Gesell- schafterlisten .....	370
E. Zusammenfassung .....	374

### Drittes Kapitel

#### Tatbestandliche Grundlagen des § 16 Abs. 3 GmbHG 377

<b>§ 17 Strukturfragen: Allgemeiner Teil .....</b>	<b>377</b>
A. Überblick .....	377
B. Vergleich mit § 892 BGB .....	377
I. Aufbau auf einer ungeschriebenen widerlegbaren Vermutung? .....	378
1. Strukturvergleich mit Erbschein, Grundbuch und Besitz .....	378
2. Argumentum a maiore ad minus? .....	379
3. Gesamtanalogie zu § 16 Abs. 1 und 3 Satz 1 GmbHG? .....	380
4. Gesamtanalogie zu §§ 891 Abs. 1, 2365 Alt. 1 BGB? .....	381
a) Charakteristika des Grundbuchverfahrens .....	382
b) Gegenüberstellung mit der Gesellschafterliste .....	383
5. Zwischenergebnis .....	385
II. Die fehlende negative Publizität der Gesellschafterliste .....	385
1. Wortlautvergleich .....	385

2. Notwendigkeit eines Rechtsscheinträgers .....	385
a) Eintragungsfähigkeit von Rechten an Geschäftsanteilen .....	386
b) Stellungnahme .....	386
C. Allgemeine Anforderungen der Gutgläubenslehre an den Über- tragungssakt .....	389
I. Rechtsgeschäft .....	389
II. Verkehrsgeschäft .....	391
III. Sonderfall: Rückerwerb des Nichtberechtigten .....	394
1. Überblick über den Meinungsstand außerhalb des GmbHG .....	394
2. Spezifika des Anteilerwerbs .....	395
IV. Zeitpunktbestimmungen .....	397
1. Eintragung in die Gesellschafterliste .....	397
2. Insolvenz des Berechtigten .....	398
D. Zusammenfassung .....	400
<b>§ 18 Strukturfragen: Besonderer Teil .....</b>	<b>401</b>
A. Nicht existente Geschäftsanteile .....	401
I. Meinungsstand in der Literatur .....	401
II. Eigener Lösungsansatz .....	403
1. Bedürfnis für einen umfassenden Verkehrsschutz .....	403
2. Unzulässigkeit der Heranziehung der Regeln über die Namensaktie .....	404
3. Die Offenheit des Wortlauts .....	405
4. Systematische Parallelen .....	408
a) Der öffentliche Glaube des Grundbuchs .....	408
b) Das Mobiliarsachenrecht .....	410
5. Kein Entgegenstehen der Gesetzesmaterialien .....	410
6. Kapitalschutz versus Verkehrsschutz? .....	411
a) Problemaufriss .....	411
b) Lösungsansätze .....	411
aa) Kein lösungsrechtlicher Anspruch der Gesellschaft .....	411
bb) Analogie zu § 34 GmbHG .....	413
cc) Sonderfall der fehlerhaften Kapitalerhöhung .....	415
c) Auswirkungen .....	415
7. Ausgleich zugunsten der Übernehmer bei fehlerhafter Kapitalerhöhung .....	416
8. Anpassung von § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG .....	417
9. Zwischenergebnis .....	418
B. Das Anwartschaftsrecht am Geschäftsanteil .....	418
I. Meinungsstand .....	419
1. Widerspruchsrecht des Anwartschaftsberechtigten .....	419

2. Vinkulierungssperre für Zwischenverfügungen .....	420
II. Gleichlauf zwischen Geschäftsanteil und Anwartschaftsrecht .....	421
1. Anwartschaftsberechtigter als Bezugsperson .....	421
2. Listeneintragung des Anwartschaftsberechtigten .....	423
III. Folgerungen .....	425
1. Effektiver Schutz vor Zwischenverfügungen .....	425
2. Gutgläubiger Ersterwerb .....	426
3. Erwerb nicht bestehender Anwartschaftsrechte .....	426
a) Abgrenzung zum Mobiliarsachenrecht .....	426
b) Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger .....	427
C. Rechte an Geschäftsanteilen .....	428
I. Lückenhaftigkeit der gesetzlichen Regelung (Reymann) .....	429
II. Stellungnahme .....	430
D. Zusammenfassung .....	431

#### Viertes Kapitel

#### Ausnahmetatbestände 433

<b>§ 19 Ausschlussstatbestand bei fehlendem Zeitablauf .....</b>	<b>433</b>
A. Rechtspolitische Kritik aus der Praxis .....	433
B. Wortlautanalyse .....	434
I. Beweislastverteilung .....	434
II. Anwendungsbereich .....	434
C. Systematische Parallele zur bürgerlich-rechtlichen Ersitzung .....	435
I. Die Ersitzungstatbestände des bürgerlichen Rechts .....	435
II. Übertragbarkeit auf den Geschäftsanteilerwerb .....	437
1. Gemeinsame Ersitzungsvoraussetzungen .....	438
a) Fehlender Rechtsbesitz .....	438
b) Kein dominium sine re .....	438
2. Der Erwerb von Mobilien durch Ersitzung .....	439
3. Der Erwerb von Immobilien durch Ersitzung .....	440
a) Objektive Verlässlichkeit der Rechtsscheinträger .....	440
b) Erwerb dinglicher Rechte .....	441
c) Länge der Ersitzungsfrist .....	441
4. Schlussfolgerungen .....	442
D. Verfassungsmäßigkeit der Anknüpfung an den Zeitablauf .....	443
I. Schutzbereich und Eingriff .....	443
II. Rechtfertigung .....	443
E. Die Berechnung der Dreijahresfrist .....	446
I. Einzelne Fallgruppen .....	446

II. Prinzipienbildung .....	447
1. Maßgeblicher Geschäftsanteil .....	447
2. Gesamtbetrachtung mehrerer Listen .....	448
3. Berechnung aus der Berechtigtenperspektive .....	449
4. Nichtigkeit der dinglichen Einigung .....	451
III. Besonderheiten bei dem Erwerb eines Anwartschaftsrechts .....	452
F. Zusammenfassung .....	452
<b>§ 20 Der Ausgleich durch Zurechnung .....</b>	<b>454</b>
A. Systematische Einordnung in die Modelle des Berechtigtenschutzes .....	454
I. Bürgerlich-rechtliche Gutglaubenstatbestände .....	454
1. Der redliche Mobiliererwerb .....	454
a) Historische Entwicklungslinien .....	454
b) Zurechnungsprinzipien .....	456
aa) Das Veranlassungsprinzip .....	456
bb) Das Risikoprinzip .....	457
2. Der redliche Immobiliärerwerb .....	457
3. Der redliche Erwerb qua Erbscheins .....	458
II. Der redliche Erwerb von Geschäftsanteilen .....	459
1. Richtigkeitsgewähr durch die Gesellschafterliste .....	459
2. Risiko- und Chancenverteilung durch Zeitablauf .....	460
3. Historische Parallelen zur Vorgeschichte der §§ 932 ff. BGB .....	464
4. Die Schaffung eines Verkehrskreises der GmbH-Gesellschafter .....	465
a) Obliegenheiten im Verkehrskreis der GmbH-Gesellschafter .....	465
b) Gesellschafterliche Organisationsrisiken .....	467
B. Leitlinien der Zurechnung vor Fristablauf .....	468
I. Schon- und Prüffrist zugunsten des Berechtigten .....	468
II. Allgemeine Anlehnung an §§ 104 ff. BGB .....	471
III. Die zweistufige Fristenlösung .....	472
1. Anwendungsbereich von § 40 Abs. 1 GmbHG .....	472
2. Anwendungsbereich von § 40 Abs. 2 GmbHG .....	474
IV. Sonderfall des Erwerbs eines Anwartschaftsrechts .....	477
C. Zusammenfassung .....	477
<b>§ 21 Bösgläubigkeit des Erwerbers .....</b>	<b>478</b>
A. Systematische Stellung .....	479
I. Vergleich mit §§ 892 f., 932 ff. BGB .....	479
II. Zusammenhang zwischen Rechtsscheinträger und Redlichkeits- anforderungen? .....	480
1. Die These Wiegands .....	480
2. Folgerungen für § 16 Abs. 3 GmbHG .....	481
3. Stellungnahme .....	481

B. Inhalt des guten Glaubens .....	482
I. Positive Kenntnis .....	483
II. Grob fahrlässige Unkenntnis .....	483
1. Verkehrskreisorientierung .....	483
2. Objektiver Fahrlässigkeitsbegriff .....	484
3. Erkundigungsobliegenheiten .....	485
a) Allgemeine Grundsätze .....	485
b) Übertragbarkeit auf das GmbH-Recht .....	487
aa) Wortlaut und Systematik .....	487
bb) Teleologie .....	488
cc) Kein Ausgleich eines „schwachen“ Rechtsscheinträgers .....	489
dd) Zwischenergebnis .....	490
4. Einzelfragen .....	490
a) Gebotenheit einer Due Diligence .....	490
aa) Meinungsstand zu § 442 BGB .....	490
bb) Keine Übertragbarkeit auf die dingliche Ebene .....	492
cc) Zwischenergebnis .....	495
b) Bösgläubigkeit trotz durchgeführter Legal Due Diligence .....	495
c) Existenz von Anteilsscheinen .....	496
d) Vinkulierungsfreiheit .....	496
III. Kenntnis und Kausalität des Rechtsscheins .....	497
1. Systematischer Vergleich .....	497
2. Maßstabssuche für den gutgläubigen Anteilerwerb .....	498
3. Zwischenergebnis .....	501
IV. Relevanter Zeitpunkt .....	501
1. Ersitzungsrechtliche Theorie .....	501
2. Rechtsgeschäftsakzessorische Theorie .....	503
3. Übertragung auf den gutgläubigen Anteilerwerb .....	504
4. Zwischenergebnis .....	506
C. Zusammenfassung .....	506
<b>§ 22 Der Widerspruch .....</b>	<b>507</b>
A. Überblick und Einordnung .....	507
I. Die Bedeutung des Widerspruchs .....	507
II. Die Systematik: ein Parallelentwurf zum Immobiliarsachenrecht .....	509
B. Wirkungen und Wesen des Widerspruchs .....	510
I. Wirkungen des Widerspruchs .....	510
1. Rechtsscheinzerstörende Wirkung .....	510
2. Keine Verfügungsbeschränkung .....	510
3. Hemmungswirkungen .....	511
a) Keine Hemmung der Dreijahresfrist .....	511

b) Verlängerung der Widerspruchswirkungen in Sonderkonstellationen .....	513
c) Zwischenergebnis .....	514
4. Kein Einfluss auf die relative Gesellschafterstellung .....	514
5. Keine positiven Wirkungen .....	515
II. Wesen des Widerspruchs .....	515
C. Die Eintragung des Widerspruchs .....	516
I. Widerspruchsberechtigung .....	516
1. Erweiterung des Berechtigtenkreises .....	516
2. Das Anwartschaftsrecht am Geschäftsanteil .....	518
3. Kein Sonderfall in der Insolvenz des Berechtigten .....	518
II. Materielle rechtliche Eintragungsvoraussetzungen .....	519
1. Bewilligung .....	519
2. Einstweilige Verfügung .....	519
D. Erlöschen des Widerspruchs .....	520
I. Erlöschensgründe .....	520
II. Anspruch auf Löschung .....	521
III. Wirkung der Löschung .....	522
E. Zusammenfassung .....	522

#### *Vierter Teil*

<b>Gesetzesentwurf und Gesamtergebnis</b>	523
<b>§ 23 Gesetzesentwurf</b> .....	523
A. Problemstellung .....	523
I. Defizite bei der Richtigkeitsgewähr der Gesellschafterliste .....	524
1. Die Beteiligung der Geschäftsführer .....	524
2. Der Anteilsübergang außerhalb der Gesellschafterliste .....	525
3. Defizite beim Rechtsschutz durch Verfahren .....	525
II. Ungenügender Umfang des Verkehrsschutzes .....	526
1. Unwägbarkeiten durch Dreijahresfrist und Zurechnung .....	526
2. Nichterfassung der Lastenfreiheit .....	526
B. Lösungsvorschlag .....	527
I. Höhere Zuverlässigkeit des Rechtsscheinträgers .....	527
1. Ausschließliche Notarzuständigkeit .....	527
2. Anteilsübergang durch Einigung und Eintragung .....	527
3. Vormerkung zugunsten des Erwerbers .....	529
4. Bewilligungs- und Voreintragungsgrundsatz .....	529
5. Einzeleintragung statt Pauschaleinreichung .....	530
II. Ausweitung des Verkehrsschutzes .....	530

1. Einführung des gutgläubig lastenfreien Erwerbs .....	530
2. Wegfall von Dreijahresfrist und Zurechnung .....	532
C. Gesetzestextentwurf .....	533
I. Die Änderungen im Wortlaut .....	533
II. Einzelerläuterungen .....	535
1. Die Übertragung des Geschäftsanteils (§ 15 Abs. 3 und 3a GmbHG-E) .....	535
2. Die Maßgeblichkeit der Gesellschafterliste (§ 16 Abs. 1 GmbHG-E) .....	535
3. Der gutgläubige Erwerb (§ 17 GmbHG-E) .....	536
4. Die Eintragung in die Gesellschafterliste (§ 40 GmbHG-E) ....	537
<b>§ 24 Gesamtergebnis</b> .....	538
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	552
<b>Sachregister</b> .....	589

Hinsichtlich der verwendeten Abkürzungen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 6. Aufl. 2008, verwiesen.